



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB I	022.15	Rat 4/2018	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Rat der Stadt Norderney	13.	öffentlich	19.07.2018

Unterstützungsunterschriften 'Lebenswerte Insel Norderney'

Sachverhalt

Die Bürgerinitiative "Lebenswerte Insel Norderney" hatte am 16. November 2017 eine Liste mit Unterschriften, welche seitens der Initiative gegen die Bebauung des ehemaligen Namuth-Grundstückes in der Janusstraße (Gartenstadt) gesammelt wurden, im Rahmen eines öffentlichen Termins vor dem Rathaus der Stadt Norderney an den Bürgermeister übergeben. Die Verwaltung hatte die Unterschriften unter Zuhilfenahme der Kriterien aus § 35 NKomVG (Einwohnerbefragung) geprüft und 835 "zulässige" Unterschriften festgestellt.

Der Rat der Stadt hatte eine abschließende Erörterung dieser Thematik in seiner Sitzung am 07.12.2017 u. a. auch deswegen abgelehnt, weil sich Politik und Verwaltung mit der Rechtsfrage einer bestmöglichen und vor allem langfristigen Absicherung des zu schaffenden Dauerwohnraums befasst hatten und eine endgültige Klärung seinerzeit noch ausstand.

Anmerkung:

Gründliche Prüfungen dieser Fragestellung in den letzten Monaten haben die Erkenntnis gebracht, dass eine dauerhafte, über die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit in das Grundbuch gesicherte Festschreibung, nicht möglich ist.

Weiterhin gab es seinerzeit seitens einiger politischer Mandatsträger Bedenken hinsichtlich der rechtlichen Qualität der Unterschriften.

Zur Klarstellung und zur Rechtssicherheit im weiteren Umgang mit diesen Unterschriften hatte der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 13.12.2017 den feststellenden Beschluss gefasst, wonach die Unterstützungsunterschriften keinen Rechtsstatus im Sinne des Kommunalverfassungsgesetzes besitzen, sondern es sich um eine allgemeine Meinungsumfrage handelt. Das heißt, dass es weder rechtliche Anforderungen an die Formulierung der Meinungsumfrage oder einer Mindestanzahl an Unterschriften gibt, im Gegenzug aber auch keine Rechtspflicht des Rates der Stadt Norderney zu erkennen ist, sich unter Einhaltung bestimmter Formen und Fristen mit den Unterschriften zu befassen. Die Erörterung zum Umgang mit diesen Unterschriften geschieht ausschließlich auf freiwilliger Basis.

Für den Rat der Stadt stellt sich indessen die Frage, wie mit diesen Unterschriften umzugehen ist. Inhaltlich richten sich die Unterschriftenlisten im Kern gegen die Bebauung des Grundstückes in der

Janusstraße. Nachdem ein initiiertes Bürgerbegehren mit gleicher Intention im Jahre 2017 aus formalrechtlichen Gründen abgelehnt werden musste, könnte der Rat gem. § 35 KomVG eine Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner durchführen. Das Ergebnis dieser Befragung wäre grundsätzlich nicht bindend und hätte den Charakter einer unverbindlichen Entscheidungshilfe, zumal der Gesetzgeber jedwede Bauleitplanverfahren grundsätzlich in den dafür vorgesehenen gesonderten, mehrstufigen Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen hat. Daher wäre im Falle einer gewünschten Einwohnerbefragung anzuraten, im Vorfeld einer Befragung Quotierungen hinsichtlich der Mindestbeteiligung aber auch der Mindestbefürworter bezogen auf die Fragestellung festzulegen, da sich ansonsten im Falle eines möglicherweise knappen Befragungsergebnisses die Entscheidungsfindung nach wie vor schwierig gestalten könnte.

Sollte im Rahmen des langsam fortgeschrittenen Planungsprozesses die politisch mehrheitliche Auffassung bestehen, das Projekt "Gartenstadt" ohne eine Einwohnerbefragung umzusetzen, könnte alternativ in Erwägung gezogen werden, die Forderungen der Bürgerinitiative in der weiteren Projektierung mindestens dergestalt zu berücksichtigen, als dass die "Gartenstadt" ihrem Projektnamen in der Ausführung des Vorhabens tatsächlich Rechnung trägt und sich die Bebauung beispielsweise übersichtlicher und harmonischer als bisher in die vorhandene Bebauung einfügt sowie möglichst viele begrünte Freiflächen erhalten bleiben. Ggf. könnte der Planungsansatz noch einmal neu aufgegriffen werden.

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ Nein
☐ Ja, mit

Gesamtkosten der Maßnahmen
 (Beschaffungs-Herstellungskosten)
 Euro

☐ Jährliche Folgekosten/ lasten
☐ Einmalig
 Euro

☐ Haushaltsmittel in ausreichender Höhe vorhanden.

Sichtvermerk FB IV: _____

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Norderney beschließt, über die grundsätzliche Fragestellung, ob das ehemalige Namuth-Grundstück bebaut werden soll gem. § 35 NKomVG, eine Einwohnerbefragung durchzuführen. Der genaue Wortlaut der Fragestellung sowie das Prozedere für eine solche Befragung (s. o.) ist noch abzustimmen.

Alternativ:

Der Rat der Stadt Norderney beschließt, dem Anliegen der Bürgerinitiative und der diesbezüglich gesammelten Unterschriften, wonach das ehemalige Namuth-Grundstück nicht bebaut werden soll, nur dergestalt nachzukommen, als dass die vorliegenden Planungen bezogen auf das Maß der baulichen Ausnutzung sowie den Erhalt von Grünflächen noch einmal überarbeitet wird.

Norderney, 16.07.18

Der Bürgermeister

(Ulrichs)